

Resolution der jungen GEW-Berlin:

AfD ausladen: Wir dulden keine Rechtspopulist_innen in unseren Schulen!

Rechter Wahlkampf in unseren Schulen

Rassismus, Sexismus und LGBTIA-Feindlichkeit haben in der Schule nichts verloren, sondern gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Jedoch ist auch in den Wahlen im September zu erwarten, dass die rechtspopulistische AfD als parlamentarischer Arm der radikalen Rechten erneut mit über 10 Prozent in Bundestag und Abgeordnetenhaus einzieht. Zu ihrem Wahlkampf gehört es in diesem Jahr auch, systematisch Podien in Podiumsdiskussionen mit Abgeordneten in Berliner Schulen zu besetzen. In vielen Berliner Schulen mussten die Rechtspopulist_innen gar nicht erst darum bitten, auf Stimmenfang unter jungen Wähler_innen gehen zu dürfen, sondern wurden von Schulleitungen oder Politiklehrer_innen herzlich dazu eingeladen.

Widerstand aus der Schüler_innenschaft

Doch es regt sich Widerstand! In etlichen Berliner Schulen wurde der AfD durch Kundgebungen, Unterschriftenlisten, Flugblätter und Ausladungen der Raum genommen, ihre menschenverachtenden Ideen in unseren Schulen zu verbreiten. Dass der Protest dabei meistens von engagierten Schüler_innen organisiert wurde, ist einerseits sehr begrüßenswert, zeigt andererseits aber auch, dass noch viele gewerkschaftlich organisierte Kolleg_innen viel zu leise sind, wenn es darum geht, klare Kante gegen Rechts zu zeigen.

Unvereinbarkeit zwischen GEW und AfD

Dabei haben wir auf unserem Gewerkschaftstag bereits 2017 beschlossen, dass die „Alternative für Deutschland (AfD) sowie andere rechtspopulistischer Gruppierungen mit den Werten und Zielen der GEW unvereinbar“ sind. Wir haben uns vorgenommen „aktiv gegen rechts zu sein“ und alle GEW-Mitglieder aufgefordert, „ganz klar Gegenposition zu beziehen“. Wir als junge GEW-Berlin lassen uns nicht einschüchtern, sondern finden, dass es an der Zeit ist, Haltung und Engagement zu zeigen! In diesem Sinne dürfen wir der AfD keine Bühne bieten, und schon gar nicht in der Schule. Wo die AfD schon eingeladen wurde, müssen wir sie wieder ausladen, wo es Protest gibt, müssen wir diesen unterstützen, wo es keinen gibt, ihn selbst organisieren.

Die AfD ist nicht Teil des demokratischen Diskurses.

Die AfD bezieht sich in ihrer Argumentation, wie schon damals, als sie Denunziationsplattformen gegen engagierte Lehrkräfte initiieren wollte, auf den Beutelsbacher Konsens. Dieser besagt zwar, dass gesellschaftlich kontroverse Themen auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden müssen (vgl. Wehling 1977). Er sagt jedoch nicht, dass sich Lehrkräfte nicht gegen rechtes Gedankengut positionieren dürfen. Es geht dem Beutelsbacher Konsens nicht darum neutral, sondern parteiisch zu sein: parteiisch gegenüber Demokratie und Menschenrechten. Genau das ist die AfD jedoch nicht. Die Rechtspopulist_innen sind nicht Teil des demokratischen Diskurses, sondern eine Gefahr für diesen, indem sie Medienschaffende diffamiert und angreift, die Kunstfreiheit in Film und Theater aushebeln will, sowie die Gleichberechtigung von Frauen, LGBTIA, Migrant_innen und Menschen mit Behinderung* infrage stellt. Den diskriminierenden Inhalt der Positionen der AfD zu entlarven ist also nicht verboten, sondern vielmehr die Aufgabe von Unterricht, der seinen demokratischen Bildungsauftrag ernst nimmt.

Keine Bühne der AfD!

Die Schule muss einen Ort darstellen, in dem Kinder und Jugendliche frei von Angst, Abwertung und Diskriminierung lernen können. Für viele von ihnen stellt sie keinen Schutzraum mehr dar, wenn

Lehrer_innen Politiker_innen einladen, die ihre sexuelle Orientierung als „Gift“ bezeichnen, sie aufgrund angeblicher „Behinderungen“ in Sonderschulen stecken wollen oder sie am liebsten abschieben wollen. Mit ihrem Geschichtsrevisionismus, ihrem patriarchalen Familienbild, ihrer rassistischen Migrationspolitik und ihrem neoliberalen Wirtschaftsverständnis versucht sich die AfD in der Gesellschaft zu etablieren. Dabei verschiebt sie den politischen Diskurs kontinuierlich nach rechts und schafft ein politisches Klima, in dessen Fahrwasser die erschreckende Zahl rechter Gewalttaten Jahr für Jahr anwächst. Auf ihrem Vormarsch durch die Gesellschaft hat sie es bereits geschafft, im Straßenbild, im Bundestag, in den Medien und in den Talkshows ein akzeptierter und normaler Bestandteil zu werden. Es liegt an uns sie dabei aufzuhalten und ihr die Schule auf diesem Vormarsch zu verschließen. Wir fordern: Keine Bühne der AfD, denn unsere Alternative lautet gewerkschaftliche Solidarität und Demokratie!